

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 18. März 2013, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 10 vom 7. März 2013 und Nr. 11 vom 14. März 2013 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden über dies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Ingold Rolf
Stimmzähler	Frau Fankhauser Larissa und Herr Aeschbacher Yves
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Bachmann Véronique, Beck Daniel, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bossard-Jenni Tabea, Bucher Theophil, Burkhard Georg, Burri Maja, Fankhauser Karin, Gerber Thomas, Gnehm Urs, Haller Dieter, Heimgartner Gaby, Manz Pierre, Meier Christine, Meier Marcel, Messerli Niklaus (ab Trakt. 3), Mumenthaler-Bill Mirjam, Muster Adrian, Niederhauser David, Penner Nadaw, Pfister Urs, Pieren Nadja (ab Trakt. 5), Rappa Francesco, Righetti Sandro, Ritter Michael, Rosser Bruno, Rüfenacht Andrea, Sägesser Heinz, von Arb Peter (ab Trakt. 4), Weber Werner, Wyss Christoph und Wyss-Schreiber Melanie
Entschuldigt	Damen und Herren Dubach Roland, Geiser Urs, Kuster Müller Beatrice und Zaugg-Jost Christine
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Gübeli-Grütter Charlotte, Kummer Hugo, Probst Andrea, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Frau Buri Fabienne

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 4. Februar 2013
2. Informationen des Stadtratspräsidenten
3. Informationen aus dem Gemeinderat
4. Kreditabrechnungen
 - a) Abwassertechnische Sanierung Hofgut / Bernstrasse
 - b) Neubau Fuss- und Radweg BLS Meiefeld bis Bahnhof SBB
5. Änderung des Zonenplans, neue Überbauungsordnung Nr. XXX Ziegelgut
6. Auftrag Nadja Pieren und Marcel Meier (SVP) betreffend Verkehrsentlastung während der Bauarbeiten auf der Hauptverkehrsachse
7. Auftrag SP-Fraktion betreffend „Kulturhalle Sägegasse“
8. Motion SP-Fraktion betreffend Solarkataster für Burgdorf
9. Interpellation GFL-Fraktion betreffend wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Bevölkerung von Burgdorf über Gesetzesänderungen informiert wird?
10. Interpellation GFL-Fraktion betreffend Umsetzungsstand der vom Stadtrat verabschiedeten Leitbilder sowie der Stand der diesbezüglichen Umsetzungskontrollen, Zuständigkeiten und Kommunikation
11. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlungen

Appell

Der durch die Stimmzählerin Fankhauser Larissa durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 33 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträtin Pieren Nadja und Stadträte Messerli Niklaus und von Arb Peter treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keinerlei Änderungsanträge.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 4. Februar 2013

Stadtrat Rosser Bruno teilt mit, dass auf der Seite 8 eine Pause nicht seitens der SVP-Fraktion, sondern der bürgerlichen Parteien verlangt wurde. Das Protokoll wird wie folgt abgeändert: „...informiert, dass innerhalb der bürgerlichen Parteien einige Punkte nicht klar seien und um fünf Minuten Pause gebeten wird, damit dies abgesprochen werden kann.“

Das Originalprotokoll wird entsprechend geändert.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 4. Februar 2013.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Ingold Rolf macht die Mitglieder des SR darauf aufmerksam, dass gemäss GO Vorstösse und Voten datiert und unterschrieben werden müssen, was auch für elektronisch eingereichte Vorstösse gelte. Weiter sei es wünschenswert, dass die elektronisch eingereichten Vorstösse mit dem Originaltext sowohl als PDF-Datei, wie auch als Word-Datei beim Sekretariat des SR eingereicht werden, womit den Protokollführenden ein grosser Dienst erwiesen werde. Stadtratspräsident Ingold Rolf informiert weiter, dass die Sitzordnung verteilt wurde und die Plätze entsprechend für diese Legislatur eingenommen werden sollen. Änderungswünsche werden gerne entgegengenommen. Am 22. August 2013 findet der SR-Ausflug statt, welcher doch bitte in der Agenda der SR-Mitglieder vermerkt werden soll. Ebenfalls wird darauf hingewiesen, dass die NPM-Schulung am 4. März 2013 stattfand und eine ansehnliche Gruppe vor Ort theoretische Kenntnisse und Diskussionen entgegennehmen konnte. Zusätzlich bestand im Vorfeld der heutigen SR-Sitzung die Möglichkeit, praktische Übungen nochmals zu erarbeiten. Er dankt Stadtschreiber Schenk Roman für die Organisation und Herr Bichsel für die Auskünfte, sowie dem teilnehmenden Verwaltungspersonal für das Interesse und das Mitmachen, bestens. Die Schulung wird für die weitere Arbeit des Parlaments als wertvoll erachtet. Weiter sei die Terminplanung für das Jahr 2013 eingetroffen, welche nun definitiv ist und woran nun festgehalten wird. Stadtratspräsident Ingold Rolf orientiert abschliessend, dass er sich vom SR-Sekretariat eine Liste über die hängigen Motionen, Postulate, Interpellationen und Aufträge zustellen liess, damit er über eine Übersicht verfüge.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Kummer Hugo orientiert, dass die grosse Neumattbrücke, welche aus einem 18 Tonnen schweren Stück besteht, am 18. April 2013 mit einem der grössten Krane Europas, welcher 40 Lastwagen mit Zubehör benötigt, eingebaut werde. Er macht darauf aufmerksam, dass sich Interessierte diesen Vorgang unbedingt anschauen sollten. Der Termin des Typonstegs ist noch nicht bekannt und kann deshalb noch nicht genannt werden.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert, dass man stolz sei, dass der Eishockeyclub Burgdorf nach 38 Jahren wieder die Meisterschaft in der Zentralgruppe gewann. Es geht nun weiter und man hoffe,

dass er auch die weiteren Etappen gut meistert. Der Erfolg passt, die Investitionen in die Eishalle haben sich ausbezahlt. Die Eishockeyaner sind erfolgreich und die Eiskunstläuferinnen wurden Schweizermeister. Wenn man vorinvestiert, kommt auch etwas zurück. Der Eishockeyclub Burgdorf setze mit seinem Sieg nun die Krone auf das ganze Projekt.

Stadtratspräsident Ingold Rolf schliesst sich an die Gratulationen für die sportlichen Leistungen und den Effort an.

4. Kreditabrechnungen

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass zwei Kreditabrechnungen vorliegen, einerseits zur Abwassertechnischen Sanierung Hofgut / Bernstrasse und andererseits zum Neubau Fuss- und Radweg BLS Meiefeld bis Bahnhof SBB.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert, dass es etwas lange dauerte, bis die Kreditabrechnungen vorlagen. Es ist ihm und der Direktion bewusst, jedoch stand sehr viel Arbeit an - was kein Entschuldigungsgrund darstellen soll. Man wird in Zukunft vermehrt darauf achten, dass die Abrechnungen schneller gemacht werden können. Zum ersten Geschäft wird bemerkt, dass bei der abwassertechnischen Sanierung Minderkosten von Fr. 278'000.— entstanden. Dies kann den Eindruck erwecken, dass kurios budgetiert wurde. Manchmal sei dies jedoch nicht so einfach, da die Kostenvoranschläge anhand der Realpreise zusammengestellt werden müssen. Sobald der Kredit genehmigt ist, kann man in die öffentliche Submission gehen, woraus dann der Fight um die Aufträge entstehe. Alleine die Baumeisterarbeiten konnten anstelle von Fr. 743'000.— für Fr. 542'000.— vergeben werden, was nicht absehbar war. Wenn solche Differenzen entstehen, sieht dies gegen aussen nach einer schlechten Budgetierung aus. Gemäss Submissionsgesetz muss der 1. rangige Baumeister mit der Arbeit beauftragt werden, wodurch solche Differenzen entstehen können. Schlussendlich kommen diese jedoch der Stadt Burgdorf zu gute, da solche Aufträge Einsparungen für die Stadt bedeuten. Eine grosse Abweichung bei diesem Projekt war das Honorar des Baumeisters. Entschädigungen waren keine zu leisten sowie für Verkehrsmassnahmen und Vermessungen mussten auch keine zusätzlichen Kosten ausgegeben werden, was alles Einfluss auf die Abrechnung hatte. Im Endeffekt kann Gemeinderat Kummer Hugo auch aus Sicht eines ehemaligen Feuerwehrmitglieds sagen, dass im Bereich Hofgut / Bernstrasse / Zähringerstrasse und Ludwig-Schläfli-Weg mit der Entwässerung ein Knotenpunkt gelöst werden konnte. Gemäss dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) wusste man schon lange, dass dort etwas gemacht werden muss. Man ist froh, dass dies nun reibungslos läuft und man dementsprechend auch noch einen kostengünstigeren Abschluss erzielen konnte. Dasselbe gilt auch für den Neubau des Fuss- und Radweg Meiefeld – Bahnhof, wobei ein Kredit von Fr. 1'259'000.— bestand und dieser nun mit Fr. 1'175'000.— abgerechnet wurde. Hier ist ersichtlich, dass die Budgetierung nicht weit von der Abrechnung entfernt ist, was die erwähnte Variierung bestätigt. Bei diesem Bau ist praktisch eine Punktlandung erzielt worden. Auch hier ist zu erwähnen, dass mit diesem Projekt ein grosses Problem gelöst werden konnte. Die Lyssachstrasse ist eine gefährliche Strasse. Wenn man aber nun sieht, wie sich die Doppelspur und der Ausbau des Radwegs entlang des Gleises für den Langsamverkehr Meiefeld / Steinhof und Fink bewährt, ist das Projekt hervorragend gelungen. Abschliessend entschuldige er sich nochmals für die verspätete Unterbreitung der Abrechnungen und versichert für die Zukunft, Kreditabrechnungen pünktlicher zu präsentieren.

a) Abwassertechnische Sanierung Hofgut / Bernstrasse

A b s t i m m u n g

Antrag

Die Kreditabrechnung für das Projekt Abwassertechnische Sanierung Hofgut / Bernstrasse, abschliessend mit einem Kostenaufwand von Fr. 626'882.90 und Minderkosten von Fr. 278'117.10, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

b) Neubau Fuss- und Radweg BLS Meiefeld bis Bahnhof SBB

Abstimmung

Antrag

Die Kreditabrechnung für das Projekt Fuss- und Radweg BLS, Meiefeld - Bahnhof, abschliessend mit einem Kostenaufwand von Fr. 1'175'162.60 und Minderkosten von Fr. 83'837.40, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Kreditabrechnung.

5. Änderung des Zonenplans, neue Überbauungsordnung Nr. XXX Ziegelgut

Stadtratspräsident Ingold Rolf stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der GPK, teilt mit, dass das Geschäft an der letzten Sitzung beraten wurde, die Vorlage weitgehend gut begründet ist und die anwesenden Auskunftspersonen die gestellten Fragen beantworten konnten. Die Argumente für die Umzonung und die Anträge sind klar. Eine Anmerkung zur Mehrwertabschöpfung beziehungsweise zum Verwendungszweck dieser Mehrwertabschöpfung ist jedoch anzubringen. Gemäss Artikel 13, Ziff. 3 des Baureglementes werden solche Abschöpfungen für die Finanzierung, den Unterhalt und den Ausbau von städtischen Infrastrukturen verwendet. Der abgeschöpfte Mehrwert beträgt rund Fr. 268'000.—, davon sollen Fr. 208'000.— für die Produktegruppe 24 Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden. Die geplanten Projekte, Ausbau Fabrikweg und Strassensanierung Guisanstrasse entsprechen Artikel 13 des Baureglementes 100%-ig. Der Betrag von Fr. 60'000.—, welcher für das Gemeindenaturschutzgebiet Ziegelgut beziehungsweise für Produktegruppe 20 Aussenraum, Landschaft vorgesehen ist, fällt jedoch nicht direkt unter die Rubrik Unterhalt und Ausbau von städtischer Infrastruktur. Dies wird in der Vorlage damit begründet, dass ein Teil der Mehrwertabschöpfung zur Aufwertung der unmittelbarer Nähe zur Parzelle 4355 verwendet werden soll und die Firma Krähenbühl, welche die Parzelle erwerbe, an diesen Arbeiten beteiligt ist. Die Vorlage ist somit in Ordnung und genügend begründet. Die GPK überweist das Geschäft zur Beratung und Beschluss an den Stadtrat.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth, namens des Gemeinderates, orientiert, dass man bei dieser Vorlage von einer Zonenplanänderung mit Überbauungsordnung spreche, es jedoch eigentlich vor allem um eine Wirtschaftsförderung gehe. Die Firma Krähenbühl will ihren Betrieb mit einer Recyclinganlage, welche Baumaterialien aufbereitet, optimieren. Dies erachtet der Gemeinderat als sinnvolle Sache. Dafür ein geeignetes Terrain zu finden, war nicht ganz einfach, da die Arbeit mit Wärme, Staub und Erschütterungen – also mit verschiedenen Emissionen – verbunden ist. Am vorgesehenen Standort hinter dem Ziegelhölzli scheint dies dem Gemeinderat sinnvoll und möglich. Es sind auch schon für die Buchmatt Anfragen eingegangen, wo es anders aussieht. Die kantonalen Fachstellen haben diesen Standort bestätigt, weshalb nun umgezont werden soll, was zu diesem Antrag führt. Man möchte die erwähnte Parzelle nun aus der Landwirtschaftszone entsprechend umzonen. Eine neue Überbauungsordnung soll die Nutzung, Erschliessung und Umweltmassnahmen festlegen. Man wäre froh, wenn diesen Anträgen, im Interesse eines bewährten Betriebes vor Ort, welcher Zukunfts- und Entwicklungsmöglichkeiten habe, zugestimmt werden könnten. Es geht auch um die Mehrwertabschöpfung, welche sich dadurch ergeben würde. Umstritten ist die Angelegenheit betreffend Verwendungszweck der Mehrwertabschöpfung. Man frage sich, ob eine Verwendung der Mehrwertabschöpfung für ein Naturschutzprojekt, konkret für das Naturschutzgebiet Ziegelgut, sinnvoll und machbar sei. Die Vorlage wurde nochmals überarbeitet und es wurde versucht, die Argumente noch besser zum Ausdruck zu bringen, weil man der Meinung ist, dass dieser Einsatz korrekt ist. Abschöpfungen sollen für städtische Infrastrukturen eingesetzt werden und sollen wenn möglich in einem sachlichen Zusammenhang mit der durchgeführten Planungsmassnahme stehen, dies gemäss Artikel 13 der gemeinderätlichen Richtlinien. Beim Ziegelgut handelt es sich um ein kommunales Naturschutzgebiet, welches der SR entsprechend ausgeschieden hat. Das Naturschutzgebiet könnte somit im weitesten Sinne als städtische Infrastruktur angesehen werden. Noch wichtiger schein der 2. Grund; Die Firma Krähenbühl ist bei der Realisierung des Naturschutzgebiets mit Erdarbeiten beteiligt und kann so indirekt von dieser Abschöpfung profitieren. Gleichzeitig wird jener Landteil, welcher der Natur entzogen wird, ersetzt und durch eine qualitative Aufwertung des Naturschutzgebietes verbessert und ausgeglichen. Die Aspekte, Aufwertung von städtischer Infrastruktur an und für sich, und Wirtschaftsförderung für eine ortsansässige Firma, erachte man als gute Begründungen, in dieses Projekt Fr. 60'000.— zu investieren.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass die Anträge seitens BDP unbestritten sind, jedoch einige Fragen aufgetaucht sind. Er ist nun auf Grund der Ausführungen etwas verwirrt, insbesondere auch durch die Bemerkungen seitens der GPK. Die Meinungen sind innerhalb der Fraktion bezüglich Interpretation der Mehrwertabschöpfungsrichtlinien auseinander gegangen. Weshalb sich nun die Frage stellt, ob mit den Fr. 60'000.— das Naturschutzgebiet erworben werden soll und entsprechend mit Folgekosten zu rechnen ist.

Hänsenberger Peter, Leiter Baudirektion, orientiert darüber, dass bereits rund $\frac{2}{3}$ so realisiert ist, wie es im Endzustand aussehen sollte. Der Betrag von Fr. 60'000.— schliesst somit die Arbeiten ab, was bedeutet, dass mit keinen Folgekosten gerechnet werden muss.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, informiert, dass die BDP-Fraktion nicht gleicher Meinung ist wie der Gemeinderat, weil der Kauf gemäss Interpretation der BDP nicht dem Unterhalt oder Ausbau von städtischer Infrastruktur entspricht.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass die SVP-Fraktion der Abänderung einstimmig zustimmt. Er persönlich stellt sich jedoch die Frage, ob betreffend Lärmschutz mit Herr Werner Mathys gesprochen wurde, da dieser etliche Wohnungen vermietet. Man habe es beim Projekt Buchmatt gesehen, gegen das grosse Opposition entgegengebracht wurden.

Hänsenberger Peter, Leiter Baudirektion, informiert, dass es sich dabei um ein ordentliches Planerlassverfahren handelte und es somit ein Mitwirkungsverfahren mit Einsprachemöglichkeit gab. In der Vorlage ist ersichtlich, dass einzelne Einsprachen eingegangen sind, welche dann zurückgezogen wurden. Von Herrn Werner Mathys ist in diesem Verfahren keine Meldung eingegangen. Er hat aber Kenntnis davon, weil er jener Pächter ist, der das Naturschutzgebiet bewirtschaftet und somit hautnah am Geschehen ist.

Stadtratspräsident Ingold Rolf fragt den Rat um Einverständnis, dass aus dem Publikum das Wort gerichtet werde, da man sich an die Regeln gemäss SR-Reglement halten wolle.

Krähenbühl Marianne aus dem Publikum informiert, dass mit Herrn Werner Mathys nicht gesprochen wurde, da man Messungen und Abschätzungen vorgenommen habe und jener Teil, der betroffen sei, auf Fischermätteli-Seite liege und ihn die Lärmemissionen somit nicht betreffen werden.

Stadträtin Meier Christine teilt mit, dass auch die GFL-Fraktion die Anträge des Gemeinderates unterstützt. Man erachtet dieses Vorhaben aus ökologischer Sicht als sehr unterstützenswert. Gerade in Zukunft werden Mehrfachverwendungen von Rohstoffen und Energien immer nötiger, wobei man als Stadt Burgdorf hiermit auf guten Wegen sei. Eine Frage, die bei ihr auftauchte ist, ob auch mit Nachbargemeinden gesprochen wurde und dieses Vorhaben für diese in Ordnung sei.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth, informiert, dass dies jeweils in den Mitwirkungsverfahren geschehe und Einsprachen erhoben werden müssten. Die umliegenden Gemeinden werden dort ebenfalls einbezogen, sofern diese angrenzend an dieses Gebiet liegen.

A b s t i m m u n g

Beschlussanträge

1. Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich der Parzelle Nr. 4355 mit Erlass der Überbauungsordnung Nr. XXX Ziegelgut wird beschlossen. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
2. Die Baudirektion wird beauftragt, diese Änderung der baurechtlichen Grundordnung beim Amt für Gemeinden und Raumordnung zur Genehmigung einzureichen.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

6. Auftrag Nadja Pieren und Marcel Meier (SVP) betreffend Verkehrsentslastung während der Bauarbeiten auf der Hauptverkehrsachse

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass seitens der GPK keine Bemerkungen gemacht werden.

Gemeinderat Aeschlimann Martin informiert betreffend formelles, dass das Postulat für diesen Vorstoss das richtige Instrument gewesen wäre, da dieser Auftrag in dieser Form Richtlinien-Charakter hat. Zum inhaltlichen, materiellen ist zu sagen, dass der Gemeinderat seit gut 4 Jahren eine Strategie zur Verkehrsberuhigung der Quartiere verfolgt. Als er auf der Seite des SR gesessen habe, sei er nicht ganz unschuldig gewesen, dass dies so initiiert wurde. Die Strategie sieht entlang der Quartierstrassen, welche nicht für ein grosses Verkehrsaufkommen konzipiert wurden, vor, Tempo 30 oder allenfalls verkehrsberuhigende Zonen einzuführen. Bei Schulhäusern und anderen Bildungsstätten werden zudem Begegnungszonen eingeführt. Ziel dieser Massnahmen ist in erster Linie die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Schulkinder, Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrerinnen und Velofahrer sowie Quartierbewohnerinnen und –bewohner, jedoch auch die Verminderung des Durchgangsverkehrs. Auf diese Art und Weise soll auch die Lebensqualität in den Quartieren gefördert werden. Gerade im Bereich des Gysnauweg, der Einungerstrasse und des Strandwegs verlaufen wichtige Schulwege sowie städtische und regionale Radwegverbindungen. Viele Burgdorfer-Quartiere verfügen über Zubringerdienst-Regelungen. Bei der Erarbeitung dieser verschiedenen Verkehrsberuhigungsprojekte, welche durch einen sehr partizipativen Prozess mittels Initiative der Quartiere entstanden ist, forderten die Quartiervereine die Beibehaltung der Zubringerdienst-Regelung. Eine Aufhebung dieser Regelung während den Bauarbeiten hätte aus Sicht des Gemeinderates deutlich negative Auswirkungen. Es würde ein erheblicher Mehrverkehr aufkommen, vor allem in Strassen mit ungeeignetem Strassenschnitt. Anders gesagt, der Verkehr gehört gemäss Gemeinderat nicht in die Quartiere. Man darf sich gerne vor Ort selbst überzeugen. Die Verhältnisse zwischen den parkierten Autos und den Gartenmauern sind eng und entsprechen sehr engen Strassenschluchten. Es ist zudem unübersichtlich und äusserst gefährlich. Im Weiteren ist damit zu rechnen, dass ein Teil der Autofahrenden die maximale Geschwindigkeit nur schlecht einhalte, was zu gefährlichen Situationen führen könnte. Er kennt es selbst, wenn dann schon eine Abkürzung genommen wird, dann will man auch schnell wieder auf die Strasse einsparen. Ein weiterer Punkt ist die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen, womit gerechnet werden müsste. Wenn die Zubringerdienst-Regelung aufgehoben würde, könnte auch die Wiedereinführung ein Problem darstellen. Hierzu bestünden Rückmeldungen der Kantonspolizei, welche hierfür zuständig ist. Eine Sitzung mit Vertretern der Elternräte zeigte, dass seit Beginn der Sanierung Ortsdurchfahrt vermehrt quartierfremder Verkehr festgestellt werden müsse. Die Elternräte sprechen auch von Schleich- und Umfahrvverkehr, welcher zur Gefährdung der Schulkinder führe. Gemeinderat Aeschlimann Martin liegt eine Mail von besorgten Eltern vor, welche im Zusammenhang mit den geplanten Bauarbeiten an der Rösslikreuzung steht. Angefragt wird, was unternommen werde, damit ihre Schulkinder nicht gefährdet werden. Der Gemeinderat hat aber auch Verständnis für die Auftragstellenden. Die Durchfahrt mit dem Auto oder mit dem LKW durch Burgdorf ist auch ohne Bauarbeiten schwierig, dies sei bekannt. Für den Gemeinderat galt es deshalb abzuwägen, welches Gut höher gewichtet werden soll. Aus Sicht des Gemeinderates ist die Beibehaltung der Verkehrssicherheit in den Wohnquartieren höher zu gewichten, als die verlangte Verbesserung für die Durchfahrt des motorisierten Individualverkehrs. Er stellt die Frage in den Raum, welche Politikerin, welcher Politiker die Verantwortung übernehmen möchte, wenn die Quartierstrassen geöffnet werden und dies zu einem tragischen Ereignis führe. Der Gemeinderat schlägt vor, auf den öffentlichen Verkehr auszuweichen um längere Stauzeiten zu vermindern, soweit dies möglich sei. Und für all jene, welche nicht Burgdorf oder das Zentrum als Ziel haben, die Stadt grossräumig zu umfahren. Aus diesen erwähnten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat diesen Auftrag abzulehnen.

Stadträtin Pieren Nadja teilt mit, dass die Auftragsteller an diesem Auftrag festhalten. Sie weiss, dass es nicht einer Ideallösung entspricht, in einem Quartier eine Zubringerdienst-Regelung, welche sich bewährt hat, aufzulösen. Es soll jedoch nur eine befristete Lösung sein. Eine Lösung während der Bauarbeiten, um dem massiven Problem abzuwehren. Man hat ein massives Verkehrsaufkommen in der Stadt Burgdorf. Jedoch besteht nicht für alle Autofahrer die Möglichkeit, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Es gibt Zielorte, welche nicht mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sind oder viele auf das Auto allgemein angewiesen sind. Der Auftrag entspricht einer kleinen Variante, einem Vorschlag, um das Chaos während den Bauarbeiten befristet zu entstopfen. Bei den Umbauarbeiten der Bernstrasse hat dies auch funktioniert. Die Zähringerstrasse wurde geöffnet und es befinden sich auch Schulhäuser daran. Das Zähringerquartier ist für die Durchfahrt mit dem Auto auch nicht einfach, auch in Anbetracht dessen, dass zusätzlich Parkplätze zugefügt wurden, welche die Übersicht nochmals verschlechtert. Stadträtin Pieren Nadja ist befremdet über die Antwort des Gemeinderates. Sie hat das Gefühl, wenn sie die 4 aufgelisteten Punkte durchgeht, dass man davon ausgehe, dass der Autofahrer

ein Raser, ein Strassenrowdi sei und durch Quartiere „brettere“ ohne Rücksicht auf Personen oder Velofahrer zu nehmen. Dem ist nicht so. Man hat Verkehrsregeln und wenn der Vorstoss angenommen wird, soll nicht eine Tempoanpassung 50-Zone eingeführt werden, sondern die Autos sollen langsam durchfahren dürfen. Erheblicher Mehrverkehr werde dort nicht entstehen. Es entspricht einer kleinen Entlastung des Chaos, welches in der Stadt während den Umbauarbeiten herrscht. Es würden vor allem ortskundige Personen diese Durchfahrt benützen, weil Nicht-Ortskundige davon nichts wissen. Man müsste dies ja auch nicht gross Publik machen, dass dieser Zubringerdienst während den Umbauarbeiten geöffnet ist. Es ist klar, dass dort Kinder, Schulwege und Velofahrer sind, jedoch denkt sie, dass es zumutbar ist, dass die Eltern den Kindern beibringen, wie sie sich im Strassenverkehr zu verhalten haben. Man kann die Kinder darauf aufmerksam mache, dass dies in dieser Zeit während den Umbauarbeiten etwas gefährlicher ist, weil etwas mehr Autos durchfahren. Das Argument, eine Wiedereinführung der Zubringerdienst-Regelung sei schwer durchsetzbar, scheint Stadträtin Pieren Nadja fadenscheinig. Zumal ein Autofahrer, der sich nicht an Verkehrsregeln halte und einen Zubringer missachte, diesen auch missachten werde, egal ob jemals ein Zubringer bestanden habe oder nicht. Jeder Autofahrer kann Verkehrszeichen lesen und weiss, was ein Zubringerdienst-Schild bedeutet. Sie appelliert an mehr Vertrauen und Intelligenz der Autofahrer. Es gibt nicht einfach nur böswillige Raser, welche ohne Rücksicht auf Verluste durch Strassen fahren. Komisch empfindet sie auch den Vergleich mit dem Auftrag der SP-Fraktion betreffend verbilligte öV-Tickets, da dies nichts mit dem vorliegenden Vorstoss zu tun hat. Sie betrachtet die Argumente als fadenscheinig und ist der Meinung, dass ein vernünftiger Bürger mit dem Verkehr umgehen kann und es sich nicht um Mehrverkehr handeln würde, weil ortskundige Personen diese Durchfahrt nicht benützen würden. In Anbetracht dessen, dass es in der Zähringerstrasse funktioniert hat und Massnahmen wie Polizeikontrollen, Blitzli aufstellen und nach Wiedereinführung Kontrollen durchzuführen bestehen, bittet sie den Rat, diesen Vorstoss zu unterstützen.

Stadträtin Mumenthaler-Bill Mirjam, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass die GFL versteht, dass das durch Baustellen verursachte Verkehrsproblem, für die meisten Betroffenen unlustig ist. Ihrer Meinung nach ist zu berücksichtigen, dass dies nicht nur für die motorisierten Verkehrsteilnehmer der Fall sei. Fussgänger, Velofahrer und QuartierbewohnerInnen werden ebenfalls zu Verständnisbereitschaft und Kompromissen aufgerufen. In einer Ortschaft wie Burgdorf sollte es möglich sein, kurze und mittlere Distanzen zu Fuss, per Velo oder mit dem öffentlichen Verkehr zurückzulegen – auch in Zeiten von Baustellen. Sonst ist von der GFL aus gesehen mit einem noch grösseren Verkehrsaufkommen zu rechnen, gerade wenn Eltern ihre Kinder aus Sicherheitsgründen zur Hauptverkehrszeit in die Schule fahren. Die GFL ist deshalb der Ansicht, dass es Verbindungswege geben müsse, welche für die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen möglichst als sicher gelten können. Man vertrete daher, wie die Elternräte und der Gemeinderat, klar die Meinung, dass es unbedingt vermieden werden sollte, in Quartierstrassen Schleich- und Umfahungsverkehr einzuführen. Falls eine Umleitung dennoch unumgänglich wird, wie dies nun scheint, findet sie es persönlich sinnvoll, dass die Stadtverwaltung die Schulen darüber informiert, dass mit vermehrtem Verkehrsaufkommen zu rechnen sei und wie sich die verschiedenen Verkehrsteilnehmer zu verhalten hätten - besonders Schülerinnen und Schüler. So könnte sie sich als Bewohnerin oder Passantin für die beschränkte Dauer darauf einstellen. Die GFL-Fraktion wird den Auftrag betreffend Verkehrsentslastung während der Bauarbeiten auf der Hauptverkehrsachse auch in Form einer Richtlinie ablehnen, da für die GFL die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer über klare Priorität verfügt. Man wartet betreffend Gratis öV-Tickets für alle Burgdorferinnen und Burgdorfer interessiert auf Ergebnisse. Sie hat gehört, dass betreffend Einführung und Durchsetzung in Tempo und verkehrsbeschränkten Zonen, wofür momentan die Kantonspolizei zuständig sei, Bestrebungen am laufen seien, dass dies wieder in die örtlichen Ordnungsdienste zurückgenommen werden könne. Sie ist darüber zu wenig informiert und möchte wissen, ob der Gemeinderat hierzu Auskunft geben könnte, wie die Kompetenzen Kantonspolizei und Ordnungsdienste aussehen.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert, dass solche Fragen aus dem Rat etwas schwierig zu beantworten seien, da man sich auf Detailfragen besser vorbereiten müsste. Selbstverständlich bestehe ein Projekt, bei dem zusammen mit Regierungsrat Käser analysiert werde, wie sich die Police Bern bewährt habe, was man ändern oder allenfalls anpassen wolle und es stünden verschiedene Punkte zur Diskussion. Wie zum Beispiel, was man in die Gemeinden zurückführen möchte, was sinnvoll, was weniger sinnvoll wäre. Urs Lüthi, Leiter der Einwohner- und Sicherheitsdirektion, sei bestens im Bild und arbeitet persönlich in einer Gruppe mit, welche auch die regionale Situation betrachte. Dies läuft jedoch auf kantonaler Ebene und wird laufend evaluiert. Sie ist nicht in der entsprechenden grossrätlichen Kommission, weshalb sie nicht mehr über dieses Thema weiss. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth bittet den Rat, bei solchen spezifischen Fragen vorangehend per Mail anzufragen, damit eine entsprechende Vorbereitung möglich sei.

Stadtratspräsident Ingold Rolf bedankt sich bei Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth bezüglich der Fragenbeantwortung und bittet die Sprecher, sich an den Sachverhalt des Geschäftes zu halten. Solche Anliegen können im Traktandum Verschiedenes und Unvorhergesehenes mit Hilfe der politischen Instrumente, wie man nun bestens ausgebildet sei, gestellt werden, oder, wie Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth erwähnt habe, im Vorfeld eine kurze Mitteilung per Mail zu machen.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass, wie der Gemeinderat bereits verlautet lies, die Verkehrswege ungeeignet sind. Für die SP sprechen vor allem 3 Punkte dagegen. Zum einen sind die meisten Strassen für ein Kreuzen ungeeignet, wobei schon beim Überholen eines Velofahrers Vorsicht geboten sei. Dies entspricht auch gerade dem 2. Punkt, da auf dieser Route viele Velofahrer anzutreffen seien. Zudem sind die vorgeschlagenen Strassen Schulwege, welche von Schülern verschiedener Altersklassen benützt werden. Bereits beim Bau des ersten Kreisels konnte man einen deutlichen Mehrverkehr durch die Quartiere feststellen, ohne, dass ein solcher Antrag gestellt wurde und die Zubringerdienst-Regelungen noch in Kraft gewesen waren. Aus Sicht der SP-Fraktion stellt ein solcher Mehrverkehr immer eine Gefährdung für die Schulkinder auf ihrem Schulweg dar. Wie Stadträtin Pieren Nadja aus ihrem beruflichen Umfeld sicherlich weiss, können sich Kinder auf ihrem Schulweg im Spieltrieb verlieren. Auch ein Autofahrer mit Tempo 30, ohne diesem Böswilligkeit unterstellen zu wollen, ist immer noch zu schnell, um für ein Kind, welches plötzlich hervor springt, abzubremesen. Man stelle sich nun zum Schluss all die betroffenen Eltern aus den Quartieren vor, welche nun beschliessen, ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu fahren. Dieser Mehrverkehr wäre sicherlich nicht im Sinne des Antragstellers. Die SP-Fraktion wird deshalb den Auftrag einstimmig ablehnen.

Stadtrat Meier Marcel orientiert, dass Stadträtin Pieren Nadja das Meiste bereits erwähnt hat. Er möchte jedoch noch einige Aspekte zu Bedenken geben. Bisher ist hauptsächlich von den Gefährdungen und Interessen der Quartiere gesprochen worden. Wenn man aber die Antwort des Gemeinderates liest, erhält man auch den Eindruck, dass am Anliegen der Auftragsteller vorbei diskutiert wird. Argumentiert wird mit ureigensten verkehrspolitischen Anliegen und mit Verkehrsberuhigungen in den Quartieren, was alles gut und recht sei und nicht bestritten werde. Es geht im Auftrag jedoch um eine Übergangslösung, wie sie bei der Zähringerstrasse bestens funktioniert hat. Er wohnt dort und konnte nicht feststellen, dass nach der Wiedereinführung des Verbots eine Menge Mehrverkehr zu verzeichnen war. Mit einer abstrakten Gefährdung kann man natürlich immer argumentieren, dies ist klar. Jedes Auto verursacht eine Gefahr. Die Frage ist einfach, wo dieses durchfährt. Dass die Quartierstrassen suboptimal sind, ist den Antragstellenden bewusst. Jedoch hat sich der Gemeinderat nicht einmal die Mühe genommen zu prüfen, was dagegen getan werden könnte. Dass dort schneller als Tempo 30 gefahren werde oder dass es immer solche gebe, die schneller als Tempo 30 fahren, ist eine pauschale Behauptung. Man hat auch nicht geprüft, ob mit Verkehrsberuhigungen, mit dem Radargerät Blitzli oder zig anderen Varianten eine Sicherheit aufrechterhalten werden könnte. Ziel des Vorstosses sei gewesen, das Verkehrschaos zu entlasten und dies auch auf der anderen Seite bei der Steinhofstrasse. Er hat bereits von verschiedenen Seiten gehört, dass bereits am ersten Tag ein riesen Chaos war, Stadt auf- und abwärts. Nun besteht das Problem, dass alle über die Steinhofstrasse ausweichen und dort einen Mehrverkehr und ebenfalls eine zusätzliche Gefährdung verursachen. Er empfindet dies deshalb als Scheinargument. Ziel wäre auch gewesen, dies nicht gross zu publizieren, was auch nicht im Sinne des Antragstellers gewesen sei. Sondern es geht darum, dass jene Personen, die von A nach B müssen oder von auswärts her kommen und in Burgdorf wohnen, über diese Zeit während der Bauarbeiten durch die Quartierstrassen ausweichen können. Ortsunkundige Personen fahren bei diesen Sichtverhältnissen eher zu langsam als zu schnell, was zu den zentralen Aspekten gehört. Man wird wie erwähnt am Auftrag festhalten und bittet den Rat, diesem zu folgen.

Stadtrat Ritter Michael, namens der GLP-Fraktion, empfiehlt diesen Auftrag abzulehnen, wie der Gemeinderat. Man muss den Auftraggebern jedoch attestieren, dass diese ein sehr ehrenwertes Ziel gehabt hätten, nämlich die Verkehrssituation in Burgdorf auf der Hauptverkehrsachse zu verbessern. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist der Umstand, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nur während der Bauzeit gelten sollen eher ein Mangel als eine Stärke dieses Vorstosses. Man befürchtet, dass dies eine noch grössere Verwirrung auslösen würde und der Nutzen etwas zweifelhaft ist. Das Hauptargument, welches seitens der GLP zur Ablehnung des Vorstosses führt, ist allerdings die Verkehrssicherheit. Gemäss GLP ist der Vergleich zu den Bauarbeiten Bernstrasse / Scheunenstrasse nicht ganz richtig, weil auf der Hauptverkehrsachse ein grösseres Verkehrsaufkommen herrscht und es schwer vorher zu sehen ist, wie sich ein solcher Eingriff in der Verkehrsordnung auswirken würde. Es müsse erlaubt sein, die Interessen der Anwohner mit den Interessen der Passierbarkeit der Burgdorfer Autos abzuwägen. Es ist nicht verboten, diese Frage zu stellen, man ist jedoch der Meinung, dass die Diskussion um die Verkehrssicherheit dem Vorstoss das Genick bricht. Die GLP ist der Ansicht, dass, wenn die Verkehrssituation in Burgdorf auf der Hauptverkehrsachse verbessert werden soll, man sich

von den Bauarbeiten zur Sanierung Ortsdurchfahrt lösen sollte. Es ist lästig und schwierig, jedoch auch absehbar und man sehe nicht, dass ein Eingriff dieser Art das Problem lösen könnte. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Energien eher auf Verbesserungen nach Fertigstellung dieser Arbeiten zu lenken und es bestünden auch Ideen, was man machen könnte. Aus Sicht der GLP ist ein solcher Eingriff eine schlechte Güterabwägung zwischen der Passierbarkeit Burgdorfs, welche legitim sei, und der Verkehrssicherheit der Quartiere. Aus diesem Grund lehnt die GLP-Fraktion diesen Auftrag ab.

Gemeinderat Aeschlimann Martin, nimmt zum Votum von Stadträtin Pieren Nadja Stellung und teilt mit, dass der Gemeinderat nicht die Absicht hatte, aus ideologischem Motiv auf den Autofahrer zu zielen, dies sei falsch verstanden worden. Der Gemeinderat sah keine Möglichkeit, in diesen Quartieren mit diesem Strassencharakter Durchgangsverkehr durchzuleiten. Von der Auftragstellerin ist die Zähringerstrasse angesprochen worden, welche über einen völlig anderen Charakter verfügt, wesentlich breiter ist und ein Trottoir besitzt. Dies war eine andere Situation, denn jene Strassen, die in der Vorlage angesprochen werden, sind einfach nicht geeignet für ein solches Projekt.

Der Auftrag wird mit 24 Nein und 11 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

7. Auftrag SP-Fraktion betreffend „Kulturhalle Sägegasse“

Stadtratspräsident Ingold Rolf stellt die Eintretensfrage und teilt mit, dass die GPK auf einen Sprecher verzichtet. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Gemeinderat Urech Peter teilt zum Formellen mit, dass die SP-Fraktion am 17. September 2012 einen Auftrag betreffend „Kulturhalle Sägegasse“ eingereicht hat und vom Gemeinderat fordert, dass die alte Sägegassturnhalle nach bestimmten Kriterien in ein dauerhaftes Kultur- und Veranstaltungslokal umgewandelt werden solle. In der ursprünglich vorliegenden Fassung verlangte der Auftrag vom Gemeinderat eine Leistung, welche unmöglich erbracht werden kann. Bereits die Projektierungskosten würden mehr als Fr. 100'000.— betragen und würden somit neu in die Finanzkompetenzen des Stadtrates fallen. Erst recht gelte dies dann für die eigentlichen Umbaukosten. Der Gemeinderat schlägt deshalb vor, diesen Auftrag umzuformulieren: a) Der Gemeinderat stellt einen Kreditantrag für die Vorprojektierung oder b) Der Gemeinderat erstattet Bericht über die Machbarkeit eines solchen Vorhabens. Die SP-Fraktion hat nun zwischenzeitlich den Antrag umformuliert und verlange nun, dass dem Stadtrat bis spätestens Ende 2013 entsprechend das Vorprojekt, unter Einhaltung bestimmter Kriterien, vorzulegen sei. Dies erfüllt nun die Anforderungen an einen Auftrag und hat bei der Überweisung an den Gemeinderat verbindlichen Charakter. Ein kleines Detail sei dennoch zu erwähnen; zum Vollzug eines überwiesenen Vorstosses stehen dem Gemeinderat grundsätzlich zwei Jahre zur Verfügung. Der Gemeinderat ist jedoch bereit, einen Bericht bis Ende 2013 zu erstellen. Einige Worte sind zum materiellen noch zu sagen. Eine Gemischnutzung des Turn- und Veranstaltungsraums wäre zwar wünschenswert, jedoch aus betrieblichen und finanziellen Gründen kaum machbar. Man muss sich bewusst sein, dass ein vernünftiger Betrieb ohne Behebung verschiedener baulicher- und betrieblicher Mängel (Statik, Toiletten, minimaler Gastrobereich, Notausgänge, Brandschutzmassnahmen, Verbesserung der Akustik, Einbaubühne, Minergiestandard etc.) nicht möglich ist. Zudem ist zu bedenken, dass die Anpassungen und Umbauten eine Menge Kosten verursachen werden, von denen zur Zeit noch nicht einmal eine Grobschätzung vorliegt. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat deshalb, den von der SP geänderten Antrag zu überweisen.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass zwei wichtige Pendenzen in Burgdorf nun erledigt seien, das Casino und die Markthalle. Eine Pendezen jedoch ist seit Jahrzehnten unerledigt, nämlich der fehlende Raum für Veranstaltungen mittlerer Grösse für Jugendliche, was im Rat bereits einige Male vorgebracht worden ist. Das „Ja“ zur Markthalle wird diesen Missstand auch nicht beheben, da diese nach der Sanierung vermutlich kein richtiges Konzertlokal sein wird. Das Foto auf der Abstimmungsbotschaft der Markthalle hat ein wenig suggeriert, dass es nicht um die Markthalle gehe, sondern um die Sägegassturnhalle, so wie sie gezeichnet hat und sich bestens zwischen Schloss und Markthalle einfügte, mit den Leuten, die dort draussen sassen. Nun ist die Zeit reif, um endlich das Projekt des Jugend- und Veranstaltungslokals in Angriff zu nehmen – wann, wenn nicht jetzt und wo, wenn nicht dort? Die Sägegassturnhalle ist ideal gelegen, nicht weit vom Zentrum entfernt und dennoch gibt es keine unmittelbaren Nachbarn. Dazu besitzt sie einen gewissen Charme und wenn dem Turnhallen-Gestank noch etwas abgeholfen werden könnte, wird dieser noch stärker. Zudem gibt es ja praktisch keine Alternativen zur Sägegassturnhalle. Die Situation betreffend Veranstaltungslokal ist in Burgdorf prekär, da sei man sich einig und ist mit dem Nutzungsverbot des Alpina's noch prekärer geworden. Wenn die Stadt zusätzlich auch noch das alte Jugendhaus beim Korn-

haus abreißen will, wird diese nochmals prekärer. Man hofft, dass dies nicht passieren werde. Rundherum haben alle vergleichbaren Orte ein solches Lokal, denke man doch diesbezüglich an Langnau mit der Kupferschmitte, Lyss mit der KUFA oder Solothurn mit dem Kofmehl. Die Sägegasse verfügt über ein Fassungsvermögen von rund 400 Personen. Dies könnte allenfalls etwas viel sein, wenn man bedenkt, dass es unter Umständen nicht einfach ist, 400 Personen an einen Anlass zu locken. Deshalb die Idee mit der Abtrennung. Wenn 200 Personen zugelassen würden, wie dies feuerpolizeilich erlaubt sei, ist die Halle zu wenig gefüllt und die Besucher sind verloren. Die SP verlangt kein Luxusprojekt, kein Saalbau, keine Mehrzweckhalle und schon gar kein KKL. Man soll jedoch mögliche Synergien mit der Markthalle unbedingt nutzen. Und wenn darauf verzichtet werden kann, dass die Halle weiterhin für Sport genutzt wird, könnten eine Menge Kosten eingespart werden, was aber nicht ausschliessen soll, dass die Halle vielfältig genutzt werden darf. Es soll jedoch auch nicht nur ein Lokal für Jugendliche sein, sondern auch für junge und jung gebliebene Erwachsene. Für Jugendliche sollen die Nutzungsbedingungen besonders einfach sein und die Stadt soll finanzielle Unterstützung bieten, da für einen solchen Anlass schnell hohe Kosten anfallen können. Für einen Jugendlichen sei sicherlich klar, dass ein solcher Anlass und das entsprechende Konzept nicht einfach vom Himmel falle, sondern viel Engagement und Arbeit dahinter stecke, was aber auch Spass mache. Dass so etwas funktionieren kann, habe Burgundergrund sehr eindrücklich bewiesen. Wenn die Stadt eine unkomplizierte Nutzung ermöglichen kann, wird dies eine grosse Motivation für die Organisatoren. Aktuell sind auch schon Veranstaltungen in der Sälegassturnhalle möglich, jedoch nur mit erheblichem Aufwand. Dass aus einer alten Turnhalle bestens ein Veranstaltungsort zu erstellen ist, sieht man in Bern am Beispiel des PROGR sehr gut. Zum formellen ist zu sagen, dass, wenn er Gemeinderat Urech Peter richtig interpretiert, er den Gemeinderatsvorschlag zu Gunsten des abgeänderten SP-Vorschlages zurückzieht. Stadtrat Penner Nadaw hofft, dass nicht nur der Gemeinderat, sondern der gesamte Stadtrat dem abgeänderten Antrag folgt. Ansonsten stellt die SP-Fraktion den Text zur Diskussion und Disposition, da es schlussendlich eine tragfähige, mehrheitsfähige und sinnvolle Lösung ergeben soll. Er bittet den Rat, den Vorstoss, wie er formuliert wurde, zu unterstützen.

Stadratspräsident Ingold Rolf hält fest, dass der Antrag, wie ihn der Gemeinderat in seiner Stellungnahme formuliert hat, zurückgezogen wurde. Somit bestehen zurzeit zwei Anträge. Einerseits der Original-Wortlaut gemäss Vorlage, wie sie mit dem SR-Versand zugestellt wurde und andererseits der abgeänderte Wortlaut, wie er per Mail zugestellt wurde.

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, ergänzt, dass die SP-Fraktion somit offiziell den Antrag mit dem Original-Wortlaut zurück zieht.

Stadratspräsident Ingold Rolf orientiert, dass die SP-Fraktion den Auftrag, wie er dem SR in der Vorlage vorliegt, zurückzieht und diesen mit jenem abgeänderten Auftrag, der per Mail versendet wurde, ersetze. Der neu eingegangene Auftrag laute wie folgt:

„Auftrag der SP-Fraktion betreffend „Kulturhalle Sägegasse““

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens Ende 2013 ein Vorprojekt zur Umnutzung der alten Sägegasse-Turnhalle in ein dauerhaftes Kultur- und Veranstaltungsort vorzulegen.

Diese Vorlage soll folgende Kriterien erfüllen:

1. Die Statik wird dahingehend verbessert, dass das Tragvermögen der Halle für mindestens 400 Personen gewährleistet ist. Die Halle soll jedoch so ein teilbar sein, dass auch kleinere Veranstaltungen möglich sind, bei der sich das Publikum nicht im Raum verliert.
2. Durch bauliche Massnahmen werden feuerpolizeiliche Anforderungen erfüllt (Notausgänge) und die sanitären Anlagen zweckmässig renoviert. Zudem soll eine Bühne dauerhaft installiert werden.
3. Das Nutzungskonzept soll nichtkommerziellen Veranstaltern und Vereinen günstige Gebühren ermöglichen.
4. Die Stadt soll elektronische Anlagen (Licht, Ton etc.) fix installieren oder nichtkommerzielle Veranstalter bei der Miete derselben finanziell unterstützen.“

Stadtrat Penner Nadaw, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass dieser Auftrag komplett den Wortlaut der bisher vorliegenden Vorlage ersetze.

Stadratspräsident Ingold Rolf orientiert, dass somit ein Abänderungsantrag an den bestehenden Wortlaut bestehe und somit von Amtes wegen zwischen demjenigen und dem ursprünglichen Wortlaut abgestimmt werden muss.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, teilt mit, dass er sich persönlich sehr über diesen Vorstoss freut, immerhin sei die Sägegassturnhalle ein Wahlkampfthema 2008 gewesen. Er hat nachgeschaut und festgestellt, dass er dort mit Kollegen vor 26 Jahren die letzte Veranstaltung durchgeführt hat – eine Tanzveranstaltung, Disco – was wunderbar funktionierte. Deshalb hat man in der Fraktion den ursprünglich formulierten Auftrag grundsätzlich begrüsst. Nun ist durch den abgeänderten Wortlaut jedoch die völlige Verwirrung eingetreten und man kommt nicht mehr vorwärts. Er bittet deshalb um eine Pause von 5 Minuten.

Stadratspräsident Ingold Rolf orientiert, dass eine fünfminütige Pause durchgeführt wird und der Rat sich um 20.25 Uhr wieder im Saal einfinden soll.

Stadtrat Rappa Francesco, namens der BDP-Fraktion, orientiert, dass offensichtlich Jedermann möchte, dass diese Halle genutzt werden kann. Deshalb ist nun Vorsicht geboten, damit dieses Projekt nicht ganz verloren geht. Die BDP-Fraktion stellt auch im Namen der bürgerlichen Parteien den Antrag, dass der alte Wortlaut wieder aufgenommen wird und über diesen abgestimmt werden kann. Dass dieses Lokal benötigt wird, sei unbestritten. Die gemachten Einschränkungen sind jedoch gefährlich. Er mahnt die Auftraggeber betreffend Formulierungen zur Vorsicht, da das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt sonst allenfalls ins Wasser fallen könnte, was sicherlich nicht im Sinne des Rates wäre.

Stadratspräsident Ingold Rolf, hält fest, dass der Antrag, wie er vom Gemeinderat in der Vorlage formuliert wurde, durch Stadtrat Rappa Francesco wieder eingebracht worden ist.

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass der Gemeinderat die vorangehende Pause genützt hat, um den Auftrag nochmals anzuschauen. Der Gemeinderat würde auf den seinerzeitigen Beschluss zurück kommen und sich ebenfalls dem ursprünglichen Antrag des Gemeinderates wieder anschliessen. Andererseits ist der Gemeinderat aber auch bereit, möglichst schnell, wenn möglich bis Ende 2013, einen Bericht zu erarbeiten und falls es zu einem Projektionskredit kommen sollte, diesen auch in jener Phase einzubringen.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass das Anliegen der Sägegassturnhalle mit entsprechender Doppelnutzung unterstützt wird. Allerdings ist gemäss ihrer Interpretation die Nutzungsmöglichkeit als Turnhalle nun entfernt worden, weshalb sie dem Vorschlag der SP zustimmen wird.

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass es auch in der GFL-Fraktion viel zu diskutieren gab. Es handelt sich auch um ein altes Anliegen der GFL-Fraktion und wie man sehe und höre, ist dies in allen Parteien der Fall. Es handelt sich um ein Anliegen, welches wohlwollend angenommen werde. Die GFL steht klar hinter der Idee eines Jugend-, Kultur- und Veranstaltungslokals. Somit sowohl hinter der ersten, wie auch der zweiten Variante der SP, und man kann diesen sehr viel abgewinnen. Es ist eine 10jährige Pendeuz, welche im Leitbild besteht und eine weitere Pendeuz bildet. Das Jugendleitbild enthält diesen Punkt, welcher zu den wenigen Punkten gehöre, welcher noch nicht umgesetzt wurde. Der von der BDP-Fraktion wieder aufgenommene Antrag scheint sehr vernünftig. Man denke auch, dass es wichtig sei, dass nun nichts Falsches gemacht werde und man sich dadurch die eigene Grube grabe. Obwohl ein solches Lokal gewünscht wird, sollte man sich nicht selbst ein Problem schaffen. Andererseits liest man auch im zweiten Antrag der SP-Fraktion „diese Vorlage SOLL diese Kriterien erfüllen“ und nicht „MUSS“, was somit nicht abschliessend ist. Man hört auch aus dem Votum von Gemeinderat Urech Peter, dass man möglichst schnell vorwärts kommen möchte und probieren werde, diese Anliegen aufzunehmen. Die lokale Multifunktionalität und die Nutzung unter der Woche für Altersturnen, einfaches Fitness, Selbstverteidigungskurse usw., sofern diese nicht der reinen Turnhallen-Nutzung entspreche, erachtet man als wichtig, da eine einseitige Nutzung schade wäre. Er zweifelt jedoch nicht daran, dass der Gemeinderat eine multifunktionale Lösung anstrebt, um die best mögliche Chance für Burgdorf zu erzielen. In dem Sinne wird die GFL-Fraktion alle genannten Aufträge unterstützen.

Stadratspräsident Ingold Rolf informiert Stadtrat Bucher Theophil, dass er wohl nur zu einem Antrag seine Stimme abgeben werden könne und nicht zu jedem Antrag.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, orientiert, das wohl allen klar ist, dass dieser Raum benötigt wird. Die SVP-Fraktion hat sich mit diesem Auftrag auseinandergesetzt und dabei seien zwei Fragen aufgetaucht. Zum einen der Handlungsbedarf und zum anderen der Bedürfnisnachweis. Nach Rücksprache mit Gemeinderat Kummer Hugo sei der Gemeinderat bereits seit längerer Zeit auf der Suche nach einem geeigneten Lokal für die Kultur- und Jugendanlässe. Vor Jahren sei der Kulturschopf Steinhof mit Begeisterung in Betrieb genommen worden, wo verschiedene Konzerte durchgeführt werden konnten. Man sei sich aber auch einig darüber, dass eine Mehrbelastung auf diesen Schopf nicht realisierbar sei. Sei dies auf Grund des Lärms, der Bahn und nicht zu letzt auf Grund der Eigentumsverhältnisse. In der jetzigen Sägegassturnhalle bestehen bereits verschiedene Angebote, wie Gymnastik, Altersturnen und sie werde von verschiedenen Vereinen genutzt. Auch für jene Minderheit besteht aus Sicht der Stadt eine Verantwortung. Die heutige Nutzung von 200 Personen will die SP-Fraktion auf 400 Personen erhöhen. Aus Sicht der SVP-Fraktion würde dieses Vorhaben mit den Statik-Abklärungen und den notwendigen Sanierung den finanziellen Rahmen jedoch sprengen. Bevor ein grösserer Betrag in die Projektierung gesprochen wird, sollen die Machbarkeit der Umnutzung, sowie die Grobkosten für Bau- und Betriebskosten geklärt werden. Die SVP-Fraktion unterstützt den abgeänderten Gemeinderats-Auftrag.

Stadträtin Wyss-Schreiber Melanie, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass sich die GLP entschieden hat, den Rückkommensantrag zu unterstützen. Man begrüsst es, kostengünstige Machbarkeitsstudien zu erstellen und dadurch fundierte Zahlen und Bericht zu einem möglichen Umbau zu erhalten. Die GLP erachtet es als wichtig, ein Veranstaltungslokal primär für Jugendliche zu erstellen. Gemäss Stadträtin Wyss-Schreiber Melanie ist der grösste Jugendraum in Burgdorf jener im Chillhouse im Kulturschopf des Bahnhof's Steinhof, welcher für maximal 100 Personen Platz bietet. Dieser ist jedoch weder Schall- noch Wärme isoliert. Burgdorfs Jugend soll ein neues Veranstaltungslokal bekommen und dadurch die Möglichkeit erhalten, sich in Burgdorf treffen zu können und nicht beispielsweise eine Reise nach Bern auf sich nehmen muss, um ein Konzert zu besuchen. Die Kulturhalle Sägegasse könnte zudem das kulturelle Angebot Burgdorfs erweitern und bereichern. Die GLP-Fraktion beantragt dem Rat, für den Rückkommensantrag zu stimmen. Die ursprüngliche, sowie die abgeänderte Fassung der SP-Fraktion ist der GLP zu detailliert und man möchte auch, dass mittel- bis langfristig ein guter Jugendraum in Burgdorf besteht. Deshalb wird es begrüsst, den ordentlichen Weg einzuschlagen und vorerst mit einer Machbarkeitsstudie zu planen und alles andere Schritt für Schritt anzugehen und somit ein sehr gutes Kulturzentrum entstehen zu lassen..

Stadtrat Berger Stefan bittet den Stadratspräsident Ingold Rolf, vor der Abstimmung nochmals das genaue Wahlprozedere zu erläutern, damit alle im Rat, inklusive den neuen Mitgliedern, sich der Abstimmung bewusst sind und darüber in Kenntnis sind, welche Variante gemeint sei.

Stadratspräsident Ingold Rolf informiert, dass nun 2 Anträge zuzüglich zum ursprünglichen Auftrag, somit also insgesamt 3 Wortlaute, bestehen. Zum einen ist dies der Gemeinderatsantrag gemäss Seite 5 in der SR-Vorlage, welchem nun der Antrag 2 der SP gegenübergestellt werden müsse. Hierbei handle es sich um den vorgelesenen Wortlaut, welcher dem Rat per Mail zugestellt wurde. Zum Schluss, wenn zwischen den beiden Anträgen abgestimmt wurde, müsse man diesen gegen den ursprünglichen Wortlaut der SP-Fraktion stellen. Stadratspräsident Ingold Rolf weist nochmals darauf hin, dass jedes Mitglied des SR nur eine Stimme abgeben darf.

Stadtrat Berger Stefan, fragt nach, ob, wenn man sich für einen dieser 3 Anträge entschieden habe, dieser obliegende Antrag noch überwiesen werden müsse.

Stadratspräsident Ingold Rolf bestätigt diesen Vorgang.

A b s t i m m u n g

Auftragstext 2 der SP-Fraktion (angepasster Wortlaut mit 4 anstelle von 5 Kriterien)

Auftragstext Gemeinderat (Seite 5 der SR-Vorlage) [↑]

Der Stadtrat entscheidet sich mit 15 Stimmen zu 21 Stimmen für den Auftragstext des Gemeinderates.

Auftragstext SP-Fraktion (Originalwortlaut gemäss SR-Vorlage)

Auftragstext Gemeinderat (Seite 5 der SR-Vorlage) [↑]

Der Stadtrat beschliesst mit 21 Stimmen den Auftragstext des Gemeinderates und überweist diesen einstimmig.

8. Motion SP-Fraktion betreffend Solarkataster für Burgdorf

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, informiert, dass man sich sehr freue, dass endlich ein Kultur- und Jugendzentrum entstehe. Die SP-Fraktion freut sich ebenfalls sehr über die Antwort des Gemeinderates zu ihrer Motion. Es sieht so aus, als sei dieses Geschäft schon fast beschlossen. Dementsprechend folg man dem Gemeinderat und wandle die Motion in ein Postulat um. Auslöser dazu war, dass die SP dafür sorgte, dass seit dem 1. Januar 2013 kein Atomstrom mehr ins Netz eingespeist wird – worüber sich die SP sehr freue. Natürlich ist allen Beteiligten bewusst, dass der Stromverbrauch nicht abnimmt, sondern im Gegenteil auch in Zukunft weiter zunehmen werde. Aus Sicht der SP ist es deshalb wichtig, dass alternative Quellen ermöglicht werden. Viele dieser möglichen Quellen befänden sich jedoch im Privateigentum und man müsse selbst entscheiden, ob man in ein solches Solarpanel auf dem eigenen Dach investiere oder nicht. Deshalb ist man der Ansicht, dass die Gemeinde prinzipiell dafür sorgen sollte, dass die Rendite hierfür auf eine einfache Art zu eruieren werden kann. Offensichtlich ist jedoch die Arbeit hierfür bereits mehr oder weniger erledigt. Die SP-Fraktion würde sich freuen, wenn das umgewandelte Postulat vom Rat unterstützt und überwiesen würde.

Stadtratspräsident Ingold Rolf hält fest, dass es sich hierbei nun um ein Postulat handle.

Gemeinderat Aeschlimann Martin teilt mit, dass der Gemeinderat die Erarbeitung und Einführung eines Solarkatasters im Grundsatz unterstütze. Wenn es jedoch gelingen soll, dass man sich von den fossilen Energien aber auch der Kernenergie entferne, wie es in der Strategie des Bundes angedacht sei, benötigt dies einen bunten Strauss an Massnahmen und Initiativen. Dazu gehören auch die Steigerung der Energieeffizienz und die Substitution der erneuerbaren Energie. Das Potential ist bekannt, im Wege stehen häufig Bequemlichkeit und die Verteidigung des Status Quo. Ein Solarkataster könnte hier wichtige Anreize schaffen. Im Massnahmenblatt M21 und M22 des neuen Richtplans Energie von Burgdorf, ist ersichtlich, dass die Erstellung einer solchen Potentialkarte geplant ist. Dies bei den Massnahmen Solarthermie und Solarstrom. Die Idee der Erarbeitung dieses Katasters sei, mit dem Greenpeace Jugend – Solarprojekt die Weichen für das Projekt zu stellen. Das Greenpeace Jugend - Solarprojekt hat bereits über 200 Solarprojekte erbaut und installiert. Somit investiert man doppelt – einerseits in eine zukunftsfähige Energietechnologie und andererseits auch in taktische Massnahmen der Umweltsensibilisierung der heutigen Jugend. Was dazu führen werde, dass für die heutige Jugend einmal klar sein werde, dass solare Energie geerntet wird, wie dies in 99% der Menschheitsgeschichte gemacht wurde. Dieses Projekt wird im Weiteren auch unterstützt von NRP-Geldern der neuen Regionalkonferenz Emmental. Idee ist, dass dieser Kataster dann so erarbeitet wird, dass im Internet ersichtlich ist, welches Potential an solartechnologischen Massnahmen für welche Liegenschaft besteht. Schlussendlich braucht es dann alle. Es reicht nicht, wenn eine Homepage besteht, wo dies ersichtlich ist. Diese mussangewendet und Solaranlagen müssen auf dem Dach installiert werden. Danach besteht die Möglichkeit, den eigenen Strom zu benützen und den Überschuss beim Netz der Localnet einzuspeisen, welche diesen weiterverkauft. Weiter besteht dort auch die Möglichkeit, Solarstrom und Strom aus den Flusskraftwerken zu beziehen.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass die EVP auch dieses Anliegen unterstützt. Dies, weil man sich in Burgdorf auch konkret fragen muss, wie die Energiewende in Angriff genommen werden könnte und die EVP dies mit dem Solarkataster als Schritt in die richtige

Richtung sieht. Aufpassen müsste man allerdings bei den Begriffen. Häufig wird nur von Strom gesprochen, obwohl die Solarthermie auch erwähnt sei. Stadträtin Bossard-Jenni Tabea findet die Idee gut, dass die Hausbesitzer sich als erste Analyse im Internet über das Potential ihrer Liegenschaft informieren können. Damit jedoch bestehende Netzwerke und Leitungen nicht überlastet werden, wenn nun alle an Photovoltaik interessiert sind, müsste man auch die Produktion solarer Wärme und der Verbrauch dieser Wärme unter dem eigenen Dach in Betracht ziehen können, da ein Grossteil der aufgewendeten Wärme, die verbraucht wird, für die Heizung benötigt wird. Wenn zuerst der Strom erstellt und dann daraus Wärme erzeugt wird, ist man weniger effizient, als wenn die Wärme direkt aus erster Hand genutzt werden kann.

Der Stadtrat überweist das Postulat mit 31 Ja und 4 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung.

9. Interpellation GFL-Fraktion betreffend wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die Bevölkerung von Burgdorf über Gesetzesänderungen informiert wird?

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, bedankt sich für die ausführliche Antwort des Gemeinderates und hält fest, dass die Idee eines Stadtmagazin's sehr begrüssenswert sei. Man hat gehört, dass diesbezüglich Bestrebungen im Gange sind, was die GFL sehr gut findet und weshalb man sich somit als befriedigt erklärt.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth orientiert, dass die Information immer ein Thema ist und man möglichst breit zu informieren versucht, wie dies aufgezeigt wurde. Letztlich ist es jedoch eine Illusion davon auszugehen, dass jedermann gut informiert ist, denn man muss sich selbst entsprechend auch um Informationen bemühen. Seitens des Gemeinderates ist klar, dass die Informationspflicht besteht und man kommt dieser auch nach. Wenn jedoch spezielle Fälle auftauchen, wie wenn jemand den Rasen zu einer nicht erlaubten Zeit mäht, ist es nach wie vor das Beste, einen Tipp über den Gartenzaun zu geben. Dies ist wohl die wirkungsvollere Variante, als wenn grosse Informationskampagnen darüber erstellt würden. Am sinnvollsten und effizientesten ist es gerade in einer Stadt dieser Grösse immer noch, wenn man sich gegenseitig an die Einhaltung der Vorschriften erinnert.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

10. Interpellation GFL-Fraktion betreffend Umsetzungsstand der vom Stadtrat verabschiedeten Leitbilder sowie der Stand der diesbezüglichen Umsetzungskontrollen, Zuständigkeiten und Kommunikation

Stadtrat Bucher Theophil, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass man auch hier eine sehr ausführliche Stellungnahme erhalten hat. Es wird als wichtig erachtet, dass die Leitbilder nicht in einer Schublade verschwinden, sondern intern, wie auch der Bevölkerung bewusst bleiben, und diese ja letztlich zeigen, wohin man wolle. Es ist auch aufgefallen, dass einige Leitbilder bereits in die Jahre gekommen sind. Ein Leitbild hat eine Perspektive von 5 bis 10 Jahren und da ist man bei drei Leitbildern bereits bei 10 Jahren angelangt. Es ist aber auch ersichtlich, dass das eine oder andere Leitbild bereits erfüllt und erreicht ist. Es ist sicher sinnvoll, dass eine Auslegeordnung vorliegt, damit der Stadtrat sehen kann, wo ein weiterer Schritt möglich oder nötig wäre, um nicht plötzlich mit alten Vorlagen da zu stehen und nicht zu wissen, wie es weiter gehe. Stadtrat Bucher Theophil dankt für die ausführliche Antwort auf den eingereichten Vorstoss.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth teilt mit, dass man über die Zufriedenheit der Antwort erfreut ist. Betreffend dem Entwurf von neuen Leitbildern möchte sie jedoch warnen, da nun das neue Entwicklungsleitbild der Stadt Burgdorf besteht, welches sowohl in der Bevölkerung, als auch in der Legislaturplanung verankert werden soll. In diesem Leitbild ist angedacht, dass Massnahmen formuliert werden sollen, die sich mit speziellen Fragen der politischen- oder gesellschaftlichen Entwicklung der Gemeinde auseinandersetzen. Man müsse mit zu viel Papierproduktion aufpassen und lieber handeln.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

11. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag Michael Ritter und Melanie Wyss (GLP) betreffend Bau von Bus-Buchten entlang der Hauptverkehrsachse
- Motion BDP-Fraktion betreffend Littering-Konzept für die Stadt Burgdorf
- Dringliche Interpellation SP-Fraktion betreffend Vergabe von Tickets zum ESAF
- Interpellation BDP-Fraktion betreffend „Parkplatzbewirtschaftungsfonds“

Stadtratspräsident Ingold Rolf orientiert, dass dem Versand der heutigen Sitzungsunterlagen auch das Entwicklungsleitbild der Stadt Burgdorf bei lag. Er dankt dem Gemeinderat für die gelungene Austragung des Innopreis 2013. In Anbetracht der gesamten Thematik Fachhochschule, ist Stadtratspräsident Ingold Rolf der Ansicht, dass dies für Burgdorf von grosser Wichtigkeit sei. Die Jubiläumsaustragung sei ein Erfolg gewesen. Weiter informiert er den Rat darüber, dass er bei der Amtseinsetzung von Pfarrer Frank Naumann dabei gewesen sei und am kommenden Donnerstag zusammen mit Gemeinderat Probst Andrea und Herr Heinz Schibler eine Zähringer-Delegation der Stadt St. Peter in Burgdorf willkommen heissen dürfe und diese am Nachmittag begleiten werde.

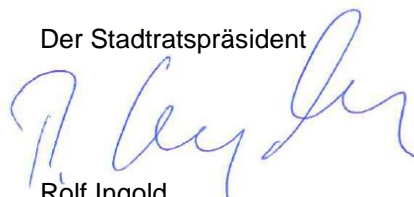
Stadtrat Rappa Francesco, teilt mit, dass am Samstag, 16. März 2013 in Bern eine Kundgebung mit kantonalen Angestellten, unter anderem auch Lehrern, stattfand. Die Anliegen seien verständlich. Jedoch sei dem einen oder anderen Fraktionsmitglied der BDP aufgefallen, dass man via Kindergarten-Kinder den Eltern die Information über die Kundgebung, auf Burgdorfer Briefpapier, zukommen liess und man sich nicht sicher sei, dass dies das geeignete Instrument dafür sei. Dies nur zur Kenntnis, damit dem auf den Grund gegangen werden könne.

Stadtratspräsident Ingold Rolf teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident



Rolf Ingold

Für das Protokoll



Fabienne Buri

Burgdorf, 26. März 2013 / fb